

Eins vor zwölf

In den sozialistischen Ländern, in denen die Kernenergie bisher als Hoffnung auf eine bessere Zukunft galt, wächst nach Tschernobyl der Widerstand: Bürger fordern den Ausstieg.

Ein Student aus Polen brachte es auf die kürzeste Formel: „Tschernobyl ist überall – nur nicht im Osten“, stand auf einem Plakat, mit dem er in der vorigen Woche durch die Altstadt von Krakau lief.

Die absurde Geographie entspricht der politischen Wirklichkeit: Während im Westen nach dem sowjetischen Reaktorunfall Hunderttausende auf die Straße zogen, um angesichts der allerorts möglichen Wiederholung einer solchen Katastrophe den Ausstieg aus der Atomwirtschaft zu fordern, blieb es im sehr viel stärker betroffenen Osten vergleichsweise ruhig.

Wie stets bei der Gefahr von drohenden Eruptionen waren Partei und Regierung, unterstützt von den gelenkten Medien, darum bemüht, die Wahrheit zu verschleiern, Bürgerängste abzuwehren und Proteste zu unterdrücken.

Das fiel um so leichter, weil es eine aufklärende Diskussion über Sinn oder Unsinn der Kernkraft im real existierenden Sozialismus nie gegeben hat. Im Bewußtsein der Völker im Osten wird die Atomenergie, die endlich für ausreichende Stromversorgung sorgen und die rußigen Schlote ablösen soll, bislang eher positiv eingeschätzt.

Gleichwohl ist dieser atomare Zukunftsglaube nach Tschernobyl erschüttert. Bei einer Blitzumfrage des Warschauer „Nationalen Zentrums für öffentliche Meinung“ haben 57 Prozent der Befragten ihre Unzufriedenheit mit der staatlichen Informationspolitik nach dem Unglück in der Ukraine erklärt. Über 3000 Frauen aus Warschauer Betrieben beklagten zudem in einem Brief an den polnischen Episkopat den mangelnden Schutz für Mütter und Kinder.

Noch sehr viel direkter reagierte eine Bürgerinitiative, die sich unter dem Namen „Anti-Atom“ im Süden der ČSSR gebildet hat. Mit selbstgedruckten Postkarten warnt sie vor der „Bedrohung durch Temelin“.

Gemeint ist eine Großbaustelle im Dorf Temelin bei Budweis, nur 60 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt, wo bis 1992 der erste von insgesamt vier Druckwasser-Reaktoren vom sowjetischen Typ WWER-1000 in Betrieb genommen werden soll; wie im Osten üblich, ohne Containment und ausreichende Notkühlung.

Nach Ende der Bauarbeiten hätte das neue Atomkraftwerk von Temelin, das dritte von zehn geplanten, die gleiche

Kapazität wie die Anlage in Tschernobyl – aber rund tausend Kilometer weiter westlich.

Das war auch einer der Gründe dafür, daß die besorgten Bürger von Böhmen am vorigen Montag Unterstützung aus dem benachbarten Österreich bekamen.

In einer konzertierten Aktion, der sie den Namen „eine Minute vor zwölf“ gaben, schmuggelten 48 Studenten der „Österreichischen Hochschülerschaft“ 50 000 Flugblätter über die Grenzen zur ČSSR und nach Ungarn.

In tschechischen, slowakischen und ungarischen Texten baten sie die Bevöl-

kef Michail Gorbatschow zum Staatsbesuch erwartet wird. In Ungarn war es nicht das erste Mal, daß Ausländer für den besseren Schutz der Umwelt auftraten.

Schon im Februar hatten sich Grüne aus Österreich und der Bundesrepublik mit Umweltschützern aus Ungarn zusammengetan, um bei einer Demonstration in Budapest gegen den geplanten Bau eines Staufstufen-Systems in der Donau an der tschechoslowakisch-ungarischen Grenze zu protestieren. Auch damals hielten sich Partei und Regierung zurück – freilich, ohne das von Österreich mitfinanzierte Projekt aufzugeben.

Die gegen die Staufstufen gebildete ungarische Bürgerinitiative „Duna Kör“ (Donau-Kreis) ist durch den Unfall von Tschernobyl in eine schwierige Lage geraten. Denn in den Diskussionen um mögliche Alternativen zum Wasserkraftwerk kam auch die Atomkraft vor.

Aber nicht nur in Ungarn ist die „klassische“ Opposition in Beweisnot. Auch die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität“ in Polen und die Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ in der ČSSR haben von Atomstrom stets die Verbesserung der ökologischen und wirtschaftlichen Lage erhofft und darüber – sehr zur Freude der heimischen Atom-Lobbys – heftig mit westlichen Atomkraft-Gegnern gestritten.

Taktische Rechtfertigungen in Sachen Atom, wie sie jetzt von den Regierungen

und ihren Kritikern im Ostblock zu erwarten sind, bleiben vorerst den Genossen in Jugoslawien erspart.

Dort haben sich selbst die regierenden Kommunisten bereit erklärt, nach dem Debakel von Tschernobyl das eigene Atomprogramm zu überdenken. Auf einer ZK-Sitzung hat Genosse Professor Dragan Ivanović vor dem Bau weiterer Atommeiler gewarnt und den Ausstieg aus der Kernenergie empfohlen.

Die Gemeinderäte von Slavenska Požega in Kroatien haben gegen den Bau einer Atommülldeponie in der Nähe ihrer Stadt protestiert, in Bačka Palanka (Vojvodina) wurde von der Parteijugend ein öffentliches Anti-Kernkraft-Tribunal einberufen.

Eine Bürgerinitiative schickte ein Protestschreiben mit über 7000 Unterschriften



Kernkraft-Gegner in Prag*: „Bedrohung durch Temelin“

kerung, angesichts der grenzüberschreitenden Gefahren von Reaktorunfällen den weiteren Bau von Atomkraftwerken zu verhindern.

Aus Budweis und Bratislava kehrten die Protestler nach der Zettelaktion ohne Zwischenfälle zurück. Nur eine Fünfer-Gruppe, die mit weiß geschminkten Gesichtern und in schwarzen Anti-Atom-Kostümen in der Prager Innenstadt ihre Handzettel verteilte, wurde von der Polizei vorübergehend festgenommen, aber schließlich als unerwünschte Ausländer abgeschoben.

Noch friedlicher ging es beim Zettelverteilen in der ungarischen Hauptstadt Budapest zu, wo nächste Woche Kreml-

* Österreichischer Student am vorigen Montag auf der Karlsbrücke beim Handzettel-Verteilen.

ten an das Parlament, in dem sie einen – in der jugoslawischen Verfassung nicht vorgesehenen – Volksentscheid in Sachen Atomenergie fordert.

Zudem, so die Unterzeichner, zu denen auch bekannte Belgrader Juristen gehören, soll die Regierung beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen die Sowjet-Union eine Anspruchs-Grundsatzklage auf Schadensersatz für mögliche Spätfolgen und wirtschaftliche Einbußen erheben.

Belgrads auflagenstarke Zeitung „Ekspres Politika“ nahm in der Diskussion eindeutig Partei und fragte die Verteidiger der Kernenergie: „Wohin führt der nukleare Wahnsinn?“

FRANKREICH

Durchdrehende Reifen

Nach elf Wochen Gemeinsamkeit droht der sozialistische Staatschef Mitterrand der rechten Regierungsmehrheit mit Neuwahlen. Ende der Kohabitation?

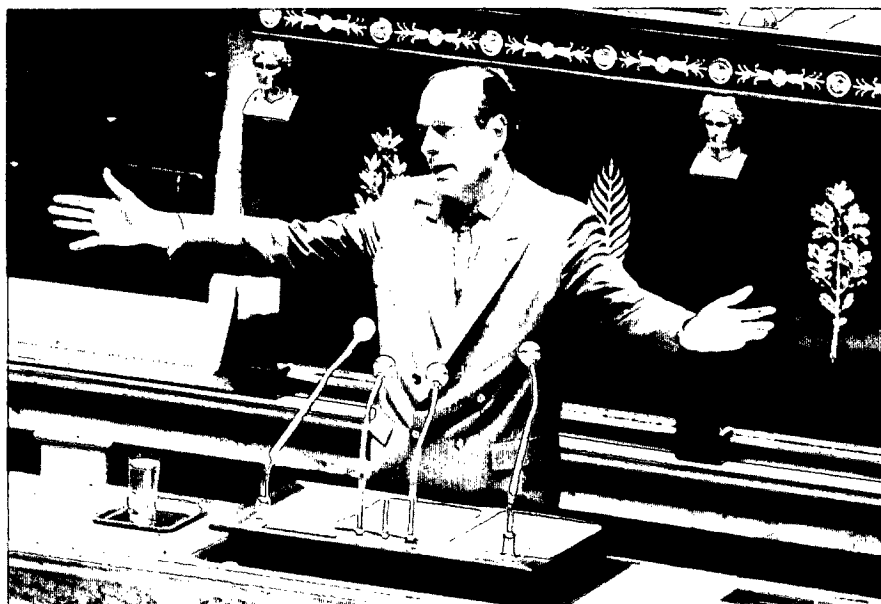
Frankreichs kesses Linksblatt „Libération“ bespöttelte die neue Mode des gaullistischen Premierministers Jacques Chirac: „Hose aus reiner Demagogie, Hemd mit Archaismus durchwirkt, Jacke aus Populismus.“

Nach einigen Wochen luftig-liberaler politischer Gewandung ist der Regierungschef wieder zu den strengen Linien des klassischen Konservatismus zurückgekehrt. Die „Zeit der Höflichkeiten ist vorbei“, beobachtete das Wochenblatt „L'Express“. Und „Le Monde“ bestätigte: „Der Ton wird härter.“

Der Stilwechsel belastet Chiracs Verhältnis zu François Mitterrand. Die anfangs scheinbar so entspannte Zusammenarbeit zwischen rechtem Premier und linkem Präsidenten, die sogenannte „cohabitation“, ist in starke Turbulenzen geraten. Der Staatschef will nicht länger widerspruchlos hinnehmen, daß die Rechten „all das abbauen, was wir zum Wohl des Volkes aufgebaut haben“, wie er vor Vertrauten bekundete.

Nur gut elf Wochen nach dem Sieg der Rechten bei den Parlamentswahlen erinnerte Mitterrand seinen Regierungschef öffentlich daran, daß er, der Staatschef, die Nationalversammlung jederzeit auflösen und Neuwahlen verfügen könne. Auch vorgezogene Präsidentschaftswahlen werden nicht mehr ausgeschlossen.

* Mit Freunden bei seiner Pfingst-Wallfahrt zum Felsen von Solutré.



Premierminister Chirac: „Jacke aus Populismus“

Mitterrand zeigt aufreizend kühl die verfassungsrechtlichen Grenzen seines Regierungschefs bei der Machtausübung auf. Längst spricht der Staatschef nicht mehr von „cohabitation“. Er sagt jetzt nur noch „coexistence“. Mitterrand-Berater verbreiten, ihr Chef werde 1988 – dann 71 Jahre alt – wahrscheinlich noch einmal für das Präsidentenamt kandidieren, womöglich um ein von sieben auf fünf Jahre verkürztes Mandat.

Derzeit verzeichnet Mitterrand in den Meinungsumfragen die besten Werte seit Jahren. Daß sein Selbstbewußtsein

durch die Wahlniederlage der Sozialisten nicht gelitten hat, dokumentiert der Präsident auch protokollarisch:

Zum Weltwirtschaftsgipfel nach Tokio flog er in einer „Concorde“-Sondermaschine. Tags darauf kam der Regierungschef nach – in einer Linienmaschine, zu spät für die Gruppenphotos der Gipfelteilnehmer, auch die Schlußtexte waren bereits ausgearbeitet worden. „Was will der eigentlich noch?“ fragte hämisch ein Mitterrand-Berater und antwortete selbst: „Der will demonstrieren, daß auch er etwas zu sagen hat.“

Eingeklemmt zwischen dem Präsidenten auf der linken und seinen erwartungsvollen Anhängern auf der rechten Seite bricht Chirac zunehmend in Domänen ein, die nach Verfassungs- und Gewohnheitsrecht dem Präsidenten zustehen: Außen- und Verteidigungspolitik.

Vor der Presse setzte Chirac sich klar für eine französische Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm ein. Mitterrand korrigierte seinen Premier daraufhin vor Kadetten der Militärakademie von Saint-Cyr: Er verwahrte sich gegen eine französische Mitwirkung an Amerikas Weltraumverteidigung und erteilte dabei Chirac „eine Lehre in gaullistischer Orthodoxie“ („Le Monde“). Frankreich sei gegen das Sternenkriegsprogramm, um seine nationale Unabhängigkeit zu wahren.

Widrigkeiten in der Tagespolitik verschärfen die Nervosität des Premiers: Das Außenhandelsdefizit für April mit 4,8 Milliarden Franc fanden Chirac-Berater „extrem beunruhigend“. Am vergangenen Montag erlebte die Pariser Börse mit einem Kurssturz von 6,77 Prozent den schlimmsten Tag seit fünf Jahren – die Wirtschaft verliert das Vertrauen in die Wendepolitiker.

Die Zahl der Arbeitslosen wird in diesem Jahr um über 200 000 steigen – die Rechten hatten eine Senkung ver-



Staatspräsident Mitterrand (M.)
„Ich bleibe Herr dieses Experiments“